

caritas

Presseeinladung



Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Pressekontakt

Marianne Jürgens

Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Bartholomäus-Schink-Str. 6, 50825 Köln

Telefon: 0221 9 55 70-237

Telefax: 0221 9 55 70-230

marianne.juergens@caritas-koeln.de

www.caritas-koeln.de

Datum, 08.10.2018

Mit der Bitte um Vorankündigung und herzliche Einladung zur Veranstaltung in der Reihe „Caritas im Gespräch“:

Recht auf Familie für alle?

Diskussion um Familienzusammenführung und Auswirkung auf die Integration von Flüchtlingen

am Dienstag, 30. Oktober 2018 um 19:30 Uhr

Ort: Domforum, Domkloster 3, 50667 Köln-Zentrum

- mit **Serap Güler**/Staatssekretärin Landesregierung NRW,
Dr. Harald Rau/Sozialdezernent Stadt Köln,
- **Dr. Alexander Kalbarczyk**/Geschäftsführer der Migrationskommission/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz,
- **Bassam Ghazlan** aus Syrien, bei dem die Familienzusammenführung geglückt ist

und dem Publikum

Moderation: Helmut Frangenberg/ Redakteur Kölner Stadt-Anzeiger

Eintritt frei

Veranstalter: Caritasverband Köln, Kath. Bildungswerk Köln

Viele Familien wurden auf ihrer Flucht vor Krieg und Verfolgung getrennt. Wenn Kinder und Partner*innen im Kriegsgebiet oder einem Drittland zurückbleiben, kreisen die Gedanken natürlich um die Familie. Das macht es schwer, sich auf die neue Sprache und Kultur in Deutschland einzulassen. Die Familie um sich zu haben, wirkt stabilisierend und hilft, sich in der Fremde zu integrieren.

Für subsidiär Schutzberechtigte, also für Menschen, denen im Herkunftsland Folter, Todesstrafe oder ernste Gefahr für Leib und Leben infolge eines bewaffneten Konflikts drohen, war der Familiennachzug zunächst für zwei Jahre ausgesetzt. Dies betraf insbesondere Menschen aus Syrien und dem Irak. Seit Anfang August 2018 gibt es eine humanitär fragwürdige Beschränkung des Familiennachzugs für Familien mit subsidiärem Schutz auf 1000 Personen im Monat.

Podiumsgäste und Publikum diskutieren die aktuelle Praxis des Familiennachzuges und die Frage nach dem Recht auf Familie für alle.